

ANFRAGE

der Fraktion „DIE LINKE.“

vom 30.05.11

**An den
Vorsitzenden des Kreistages Offenbach
Kreistagsbüro**

im Hause

Mit der freundlichen Bitte um Weiterleitung an den Kreisausschuss

Privatisierungen / Kommunalisierungen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

die kommunale Selbstverwaltung ist auf Art. 28 (2) des Grundgesetzes gestützt. Diese Norm beinhaltet, dass Städte und Kreise die „Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung“ selbst, d.h. mit eigenen Einheiten der Leistungserbringung zu erledigen haben.

In den 90er Jahren bekam dieses traditionelle Bild der Selbstverwaltung Risse. Mit den Liberalisierungsgesetzen auf europäischer Ebene, einer allgemeinen Wettbewerbseuphorie, der Übernahme von Managementkonzepten aus der privaten Wirtschaft in „modernisierte“ Verwaltungen und vor allem der Finanznot der Kommunen, die ihre Haushaltslöcher durch den Verkauf von Beteiligungen zu stopfen hofften, kamen vielerorts Privatisierungswellen ins Rollen.

Zeit, systematisch Bilanz zu ziehen und aus den Erfahrungen die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Wie sieht es konkret im Kreis Offenbach aus?

1. Welche Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge z.B. Krankenhäuser; Energieversorgung, Abfallentsorgung, Wasserbetriebe, ÖPNV und Wohnungsbaugesellschaften wurden im Kreis Offenbach seit 1990 bis heute
 - a) (teil)privatisiert ?
 - b) durch Auslagerung von Aufgaben und Leistungen auf privatisierte Einheiten dem Haupteinfluss der öffentlichen Hand entzogen?
2. Aus welchen Beweggründen geschah dies?
3. Welchen (externen) Sachverstand hat der Kreis Offenbach für die Entscheidung zur (Teil)Privatisierung hinzugezogen?
4. Wenn ja, welche Kosten entstanden dadurch?

Privatisierungen / Kommunalisierungen

vom 30.05.11

5. Wurde der Prozess der Öffentlichkeit transparent gemacht:

- a) wurde die Bevölkerung im Vorfeld befragt/ beteiligt?
- b) Wenn ja, wie geschah dies?

6. Welche Organisations- und Gesellschaftsformen wurden dabei gewählt?

- a) kommunale Eigengesellschaften
- b) gemischtwirtschaftliche Kooperations-gesellschaften
(Anteil kommunaler Beteiligung?)
- c) Private Unternehmen, die im Auftrag der Kommune operativ
Dienstleistungen erstellen?
- d) Andere (Wenn ja, welche)
- e) Welche Rechtsform haben diese?

7. Wurden der Kommune im Zuge der Privatisierung Zusagen gemacht:

- a) bezüglich der Beschäftigtenzahlen
- b) der Entlohnung der Beschäftigten
- c) der Mitbestimmung
- d) des Sitzes des Unternehmens
- e) der Preisentwicklung für die Bürgerinnen und Bürger?
- f) Wie wurden diese Zusagen kontrolliert?

8. Wie haben sich seither folgende Sachverhalte entwickelt:

- a) die Beschäftigtenzahlen
- b) Entlohnung der Beschäftigten
- c) Preise für die Bürgerinnen und Bürger
- d) Sitz des Unternehmens
- e) Gibt es in den privatisierten Unternehmen eine Drittel- , paritätische
oder gar keine Mitbestimmung?
- f) Gab es seit der Privatisierung Eigentümerwechsel oder Änderungen in
der Eigentümerstruktur?
- g) Wie hoch waren die Erträge, bzw. die Kosten vor und nach der
Privatisierung?

Privatisierungen / Kommunalisierungen

vom 30.05.11

9. Sind für die Zukunft weitere (Teil)Privatisierungen vorgesehen?

a) Wenn ja, in welchen Bereichen?

10. Gibt es inzwischen gegenläufige Bewegungen, also den Versuch, (Teil)Privatisierungen rückgängig zu machen?

a) Wenn ja, in welcher Form geschieht die so genannte Kommunalisierung

b) In welchen Bereichen ist so etwas geplant?

c) Welche Beweggründe veranlassten eine Kommunalisierung?

11. Falls der Prozess der Kommunalisierung schon abgeschlossen ist, welche Erfahrungen wurden dabei gemacht?

Herzlichen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Friedrich Elgert

Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE. im Kreistag Offenbach